

Shitstorm gegen CDU-Politikerin

Homo-Ehe: Deutschland hat verlernt, gesittet zu streiten

Die CDU-Politikerin Reiche ist gegen die Gleichstellung von „Homo-Ehe“ und klassischer Ehe.

Der darauf folgende Shitstorm gegen sie zeigt: Deutschland hat es verlernt, gesittet zu streiten.

Ungeheuerliches muss vorgefallen sein: Eine Frau, eine Politikerin, eine Staatssekretärin hat zum Angriffskrieg aufgerufen. Oder zu einem Pogrom. Oder zur Aberkennung der Bürgerrechte für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, verbunden mit allerunflätigster, rassistischer Beschimpfung. Wäre es so – die Reaktionen hätten nicht drastischer ausfallen können, als sie nun auf Katherina Reiche niederregnen.

Die brandenburgische Politikerin hatte zuvor von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit recht sachlich Gebrauch gemacht und auf das Programm ihrer eigenen Partei, der CDU, hingewiesen. Deshalb heißt es nun, Reiche sei „intolerant“ und gehöre wie „im Mittelalter“ mit Steinen beworfen oder „unzeitgemäß wie eine Hexe auf dem Scheiterhaufen“ verbrannt.

Gewiss, das Internet und **Facebook** spontan und derb Luft zu machen. Vielleicht tut es dem einen oder der anderen wenige Minuten später leid. Und gewiss, das Feld, auf dem sich Reiche geäußert hat, rechnet zu den umstrittensten überhaupt: die Frage nach der rechtlichen Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe.

Zuvor hatte die Staatssekretärin im Bundesumweltministerium **in der „Bild“-Zeitung erklärt**, gleichgeschlechtliche Partnerschaften dürften nicht diskriminiert werden; „nur wird keiner diskriminiert, wenn das Lebensmodell, das den Erhalt unserer Gesellschaft garantiert, besonders geschützt und gefördert wird“. Gerade die Union müsse „ganz klar sagen, dass sie auf Familie, Kinder, Ehe setzt. Die Gesellschaft wird nicht von kleinen Gruppen zusammengehalten, sondern von der stabilen Mitte.“

Die Familie als „Haltepunkt“ und „Gegenpol zur Globalisierung in einer rasanten Arbeitswelt“ dürfe ebenso wenig wie die Ehe grundsätzlich in Frage gestellt werden: „Unsere Zukunft liegt in der Hand der Familien, nicht in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Neben der Euro-Krise ist die demografische Entwicklung die größte Bedrohung

Über ein so brisantes Thema müsste zivilisiert gestritten werden

Reaktionen: Reiche rufe „vielleicht“ nach „Verbrennungsöfen“

Wir lernen: Dieses Thema ist in der Union umstritten.

Die Mehrheit neigt vermutlich eher Reiches Position zu als jener der 13 Abgeordneten von CDU/CSU, die unlängst für eine Gleichstellung der beiden Lebensformen plädierten, **unterstützt von Familienministerin Kristina Schröder**. Weil dieses symbolisch hoch aufgeladene Thema derart umstritten ist, muss darüber strittig diskutiert werden dürfen – ohne wechselseitige Schmähungen, ohne

Vernichtungsenergie, ohne Gewaltphantasie. Daran aber hapert es massiv. Genau deshalb stehen die Zeichen schlecht, dass es zu einer gesetzlichen Neuregelung kommt.

Keinen schlechteren Dienst hätten die Entfacher des Shitstorms, die mittlerweile zu einer eigenen Facebook-Seite weiter gezogen sind, ihrem Anliegen erweisen können. Sie vermittelten den Eindruck, das Anliegen der völligen Gleichstellung bedürfe keiner argumentativen Anstrengung. Die persönliche Herabsetzung dessen, der widerspricht, genüge. Beleidigung ersetze den Gedanken.

Reiche, schrieben Menschen unter ihrem Klarnamen, sei eine „unbefriedigte Frau“ und habe „Angst, dass wir Schwulen ihr die Männer wegnehmen“. Sie rufe „vielleicht“ nach „Verbrennungsöfen“ für Schwule. Sie habe „in einem demokratischen Deutschland nichts mehr verloren“ und solle gehen. Sie sei eine „hässliche Schlampe“. Und Schlimmeres.

So wurde, von wenigen sachlichen Widerreden abgesehen, einmal mehr ein trauriger Befund bestätigt: Deutschland hat es verlernt, gesittet und zivil über seine Zukunftsfragen und über sein Selbstverständnis zu streiten. An die Stelle von Diskurs und Nachdenklichkeit sind Schmähung und Dialogabbruch getreten. Nie aber wird eine Wahrheit offenbar außer im Streit. Wo nicht gestritten, sondern verunglimpft wird, schwindet die Zivilgesellschaft und weicht die Liberalität.